



GROSSE ANFRAGE ZUR ZUKUNFT DER IMMOBILIENWIRTSCHAFT IN DEUTSCHLAND: BUNDESREGIERUNG ANTWORTET

26.11.2004 Fachinformation

In einer Großen Anfrage haben Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag die Befürchtung geäußert, dass durch Niederlassungen ausländischer Immobiliengesellschaften in Zukunft ein Großteil des deutschen Anlagevermögens verstärkt in Immobilien außerhalb Deutschlands abwandern wird, ohne dass zugleich deutsche Anbieter entsprechende Marktanteile im europäischen Ausland erwerben können. Der deutschen Volkswirtschaft würden dadurch große Vermögenswerte verloren gehen. In ihrer Beantwortung der Anfrage hat die Bundesregierung auch zur Bedeutung der Immobilienwirtschaft in Deutschland aus gesamtwirtschaftlicher Sicht Stellung genommen. In ihrer Großen Anfrage an die Bundesregierung weisen die Fragesteller aus der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages darauf hin, dass die Immobilienwirtschaft allein durch Vermietung und Immobilientransaktionen rund 300 Milliarden Euro jährlich zur deutschen Wertschöpfung beitrage. Hinzu käme noch einmal rund 210 Milliarden Euro an Bauinvestitionen. Insgesamt seien rund 3,8 der gut 8,4 Billionen Euro des privaten Vermögens in Deutschland in Immobilienwerten investiert. Gleichzeitig sei der Immobilienumsatz Spiegelbild der Konjunktur und damit seit Jahren rückläufig. In ihrer Antwort teilt die Bundesregierung die Auffassung der Fragesteller, dass der Immobilienwirtschaft insgesamt eine große volkswirtschaftliche Bedeutung zukommt. Die Bruttowertschöpfung im Immobilienbereich liege für 2001 bei 92 Milliarden Euro für das Baugewerbe und 239 Milliarden Euro für das Grundstücks- und Wohnungswesen. Die sich ändernden demografischen Rahmenbedingungen würden allerdings einen besonders großen Einfluss auf die Immobilienwirtschaft haben, das Wachstum dieser Branche langfristig begrenzen und neue Herausforderungen mit sich bringen. Die allgemeine Wohlstandsentwicklung und die zunehmende Veränderung individueller Lebensumstände stelle neue qualitative Anforderungen zum Beispiel an die Wohnungsgröße und Wohnungsausstattung sowie an die mit Wohnen verbundenen Dienstleistungen. Außerdem seien unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit anspruchsvolle Zielsetzungen beim Flächensparen und bei der Emissionsreduktion notwendig. Das Bauen im Bestand werde insgesamt stärker in den Vordergrund rücken. In den kommenden Jahren und Jahrzehnten würden sich daher Stellenwert und Bedeutung der Immobilienwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen und gesellschaftlichen Kontext wandeln. Im Rahmen der Beantwortung von Einzelfragen der Anfrage geht die Bundesregierung auch auf die Beschäftigungsfunktion der Immobilienwirtschaft ein. Nach Schätzungen der Immobilienbranche selbst seien 2,15 Millionen Erwerbstätige unmittelbar in der Immobilienwirtschaft beschäftigt. Aufgrund der engen Verflechtungen mit anderen Branchen werde jedoch von einer wesentlich höheren Zahl von Arbeitsplätzen ausgegangen, die durch Aktivitäten der Immobilienwirtschaft gesichert würden. Hier schätze die Branche eine Gesamtzahl von 3,4 Millionen Beschäftigten. Dies mache die bedeutende Rolle der Immobilienwirtschaft im gesamtwirtschaftlichen Gefüge deutlich. Die gesamte Antwort auf die Große Anfrage steht über Internet im .pdf-Format zur Verfügung. Hierfür benötigen Sie das Acrobat Plug-In. Antwort der Bundesregierung auf die Große Anfrage lt .Drucksache 15/3928

Downloads

32EF6_22-granfrage1503928

162
PDF